

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN- GLEICHHEIT

SEPTEMBER 2017

Gelbe Hand auf den Kongressen

Wichtige Weichenstellungen bei IG BCE, IG BAU und EVG

Im Jahr 2017 werden nicht nur bundespolitisch die Weichen neu gestellt, auch einige Gewerkschaften veranstalten ihren Gewerkschaftskongress, auf dem die jeweiligen Delegierten über die personelle und inhaltliche Ausrichtung ihrer Gewerkschaft entscheiden. Den Auftakt macht im Oktober die IG BCE (8. bis 13. Oktober) in Hannover, die IG BAU (9. bis 13. Oktober) tagt nahezu zeitgleich in Berlin und die EVG veranstaltet ihren ordentlichen Gewerkschaftstag vom 12. bis zum 16. November ebenfalls in Berlin. Die Gelbe Hand wird an allen drei Gewerkschaftskongressen mit einem Stand vor Ort sein, um gemeinsam mit den Delegierten und Gästen in den Austausch zu kommen und ein gewerkschaftliches Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung zu setzen. Wichtig erscheint dies gerade auch in diesem Jahr, in dem viele Anträge auf den Kongressen diese gesellschaftspolitischen Themen aufgreifen und die Gewerkschaften eine klare Position gegen rechte Tendenzen beziehen.

Mehr Infos zu unseren Aktivitäten, Tagungen und Veranstaltungen findet ihr unter:

<http://www.gelbehand.de/informiere-dich/veranstaltungen/>



Mit Kreativität gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus!

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2017/18

Zum nunmehr 12. Mal startet der Jugendwettbewerb des Kumpelvereins „Die Gelbe Hand“ in eine neue Runde. Ob Berufsschülerinnen und Berufsschüler, Auszubildende oder junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – die Jugend ist wieder dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Dabei sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt: Egal ob ein Video, eine Fotocollage oder eine tolle Aktion in der Schule oder im Betrieb, wichtig ist das kreative Engagement für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Sofern die Jugendlichen eine tolle Idee haben, aber keine Möglichkeit diese tatsächlich umzusetzen, können sie sich mit der Idee bzw. mit dem Konzept im Rahmen des erstmalig ausgeschriebenen „Ideenwettbewerbs“ bewerben. Die beste Idee wird der Kumpelverein im Jahr 2018 umsetzen! Auch dieses Jahr unterstützen eine Schirmfrau und ein Schirmherr aus der Politik und den Gewerkschaften den Wettbewerb. Auf Seiten der Politik übernimmt Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Schirmherrschaft. „Wir leben in einer weltoffenen und demokratischen Gesellschaft. Vielfalt und Toleranz, Achtung vor dem jeweils anderen



und ein gutes Miteinander spielen eine wichtige Rolle. Und doch gibt es Kräfte, die das nicht wollen. Sie schüren Hass und Ausländerfeindlichkeit und verunglimpfen andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft und ihrer Lebensweise. Diesen Verhaltensweisen und Denkmustern müssen wir entschlossen entgegenreten, ob auf der Arbeit, in der Berufsschule, in der Freizeit oder im Wohnumfeld. Jede und jeder ist gefragt!“, appelliert die Ministerpräsidentin Schwesig. Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ stärke durch die vielfältigen Projekte ganz praktisch unsere Demokratie, betont die Politikerin. Der Schirmherr auf gewerkschaftlicher Seite ist dieses Mal Michael Vassiliadis, der Vorsitzende der IG BCE. Das gewerkschaftliche Engagement sei ein wichtiger Beitrag für das Miteinander, gegen die Polarisierung in der Gesellschaft, erklärt Vassiliadis: „Wie bei der Gründung des Kumpelvereins 1986 muss es auch heute gelten, dass Fremdenfeindlichkeit, Hass und Ausgrenzung von Minderheiten keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen. Ich bin sehr gespannt auf die Beiträge, die diese Ideen widerspiegeln und freue mich auf kreative und vielfältige Projekte.“

Einsendeschluss für die Beiträge ist der 16. Januar 2018. Aktuelle Informationen zum Wettbewerb, etwa die Jury-Zusammensetzung oder Anregungen für eure Beiträge, sowie Formulare findet ihr unter: www.gelbehand.de/wettbewerb

Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!

Gelbe Hand unterstützt Appell der GEW



Vor der Bundestagswahl macht die GEW Druck für mehr Geld in der Bildung – und zwar nicht allein. Die GEW hat eine große Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften für den Appell gewonnen. Auch die Gelbe Hand unterstützt den Appell der GEW, mehr Geld in die Bildung zu investieren! Im Wortlaut heißt es im Appell: „Deutschland braucht mehr und bessere Bildung für alle Menschen. Weder das Alter, die Herkunft, das Geschlecht, eine Behinderung oder der soziale Status dürfen zu schlechteren Bildungschancen führen. Nur dann kann das Menschenrecht auf Bildung in Deutschland wirksam erfüllt werden. Gute Bildung ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar: für die Persönlichkeitsentwicklung, für ein Leben und Arbeiten in Würde, für eine Erziehung zur Toleranz und zur Übernahme von Verantwortung und damit für eine aktive demokratische Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung. (...) Die Rahmenbedingungen für die beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen müssen

fair, gerecht und durchlässig gestaltet sein. Der Bildungserfolg ist in Deutschland wie in kaum einem anderen Staat vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängig. Das muss sich ändern! Bildung muss weitergedacht und weiterentwickelt werden.“ Daher fordert die GEW unter anderem mehr Geld für die personelle Ausstattung und Qualifizierung, aber auch für die Gebäudesanierung in Kindertagesstätten, an Schulen und Hochschulen. Die Gelbe Hand unterstützt den Aufruf. Denn immer noch gibt es – gerade auch für junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte – Barrieren und Hürden im deutschen Bildungswesen. „In Bildung zu investieren, bedeutet auch die Gesellschaft chancengerechter und inklusiver zu gestalten. Nur so können wir existierende Diskriminierungen abbauen und Teilhabe für alle gesellschaftlichen Gruppen möglich machen“, sagt der Vorsitzende der Gelben Hand, Giovanni Pollice. Den Appell in voller Länge gibt es unter: <https://www.gew.de/weiter-denken/appell/>

„Klare Kante gegen jede Form von Hass, Rassismus und Gewalt“

Anforderungen des DGB an die Parteien für die Bundestagswahl 2017 im Bereich Migration und Antirassismus



Reiner Hoffmann,
DGB-Vorsitzender
(DGB/Simone M. Neumann)

Am 24. September ist Bundestagswahl. Der DGB hat die Anforderungen an die politischen Parteien aus gewerkschaftlicher Sicht klar formuliert. Neben den zentralen Themenfeldern, in denen es um „Gute Arbeit“, mehr Mitbestimmung, bessere Bildung und eine gerechte Sozialpolitik geht, stellt der DGB auch weitreichende, konkrete und ganzheitliche Forderungen für die Bereiche Migration, Integration und Antirassismus, die an dieser Stelle nochmals gebündelt zusammengefasst werden sollen. Noch immer seien in Deutschland, so der DGB, Menschen mit Migrationsgeschichte, egal ob Geflüchtete, Arbeitsmigranten oder Menschen der dritten und vierten Einwanderergeneration, in vielen Bereichen sozial schlechter gestellt. Daher brauche es einen ganzheitlichen Ansatz, der Integration und Teilhabe fördert und gleichzeitig gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und menschenfeindliche Einstellungen vorgeht. Denn für Deutschland sei die Vielfalt ein Gewinn, den man verteidigen müsse, bekräftigt der Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann: „Überall in Deutschland arbeiten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammen. Diese Vielfalt ist ein Gewinn und trägt auch zum Erfolg von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen bei. Das dürfen wir uns von niemandem kaputt machen lassen, wir müssen klare Kante zeigen gegen jede Form von Hass, Rassismus und Gewalt. Es gilt demokratische Prinzipien und gewerkschaftliche Werte, angesichts gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen, immer wieder mit Leben zu füllen“, so Hoffmann weiter.

Mit Blick auf die Jugend unterstreicht die DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte:

„Selten waren wir in den vergangenen Jahren so offensiven und fundamentalen Angriffen auf unsere zentralen Werte ausgesetzt wie im Moment. Wir wollen kein Experiment mit der Demokratie! Rechtspopulisten, wie die AfD, sind für uns unwählbar. Die AfD hat keine Antwort auf soziale Probleme. Sie steht entgegen unserer gewerkschaftlichen Grundwerte und will die demokratiebildende Jugendverbandsarbeit am liebsten abschaffen. Wir als Gewerkschaftsjugend machen uns stark für eine solidarische, offene und vielfältige Gesellschaft.“

Der DGB fordert:

- innerhalb der EU ein solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aufzubauen, das gemeinsam finanziert wird und die Lasten gerecht verteilt,
- die Fluchtursachen engagierter zu bekämpfen und mehr Mittel für die Arbeit der UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, Anm. d. Redaktion) bereitzustellen,
- faire und zügige Asylverfahren in Deutschland zu gewährleisten, die unabhängig vom Herkunftsland die individuellen Fluchtgründe berücksichtigen,
- das System zur Zu- und Einwanderung von Erwerbstätigen grundlegend zu reformieren und die Chancen für alle hier lebenden Menschen, egal welcher ethnischen oder sozialen Herkunft sie sind, zu verbessern,
- ein Gesetz zur Verbesserung der Teilhabechancen in Bildung, Ausbildung und Beruf zu schaffen,
- Programme zur Förderung von Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu stärken, hassmotivierte Straftaten konsequenter zu verfolgen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz so zu reformieren, dass Diskriminierung nicht nur bestraft, sondern schon im Vorfeld vermieden wird.

Alle Forderungen zu den anderen Themengebieten sowie das ausführliche Positionspapier des DGB findet ihr unter: <http://www.dgb.de/dgb-zur-bundestagswahl-2017-jetzt-gerecht-du-hast-die-wahl>

Vorurteile reflektieren, Rassismus überwinden

Sommercamps der ver.di Jugend NRW und der IG Metall Jugend Bezirk Küste



Am zweiten Septemberwochenende fand sowohl das Sommercamp der ver.di-Jugend NRW in Dortmund, als auch das Aktiven Camp der IG Metall Jugend Küste in Kiel statt. Auf beiden Camps war die Gelbe Hand eingeladen, um mit den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern antirassistische Workshops zu gestalten. Geschäftsführerin Dr. Claudia Tietze diskutierte mit den ver.di-Jugendlichen die Wirkweise von Vorurteilen und diskriminierenden Denkmustern. Für unser Fördermitglied und Mit-Organisator des Sommercamps, Ismail Cebe, war es wichtig, überholte Rollenbilder aufzubrechen: „Wir wollten ganz früh ansetzen und uns fragen: Wie entstehen Vorurteile? Was führt zu Ausgrenzung? Wir alle haben Stereotype und Klischees im Kopf, diese gilt es zu überwinden. Dafür hat uns der Workshop sensibilisiert.“ Daher sei die Gelbe Hand für die Antirassismus-Arbeit ein wichtiger Kooperationspartner, betonte Cebe. Im hohen Kieler Norden erörterte Referent Mark Haarfeldt mit den Jugendlichen des IG Metall Bezirks Küste auf ihrem Aktiven Camp „Strandwärts“ gewerkschaftliche Maßnahmen gegen den Rechtsruck in Deutschland. Das Panel zu Antirassismus und Rechtspopulismus organisierten die jungen IG Metall-Mitglieder Henning Teubler und Birgit Stick. Angesichts der „schwierigen Zeiten“ war es ihnen wichtig, die Themen aufzugreifen. „Unsere Demokratie wird immer wieder angegriffen und rechte Hetze und Intoleranz machen sich in unserem Land breit. Das können und dürfen wir nicht länger zulassen und daher müssen wir endlich aufstehen und kämpfen. Nur wenn wir das gemeinsam tun, können wir das Ziel von einem friedlichen und toleranten Miteinander erreichen“, appellierte die 22-jährige Birgit Stick.

Informieren, aufklären, unterstützen

Gelbe Hand bei der Jugend- und Auszubildendenversammlung von Boehringer Ingelheim

„Wir sehen uns hier auch in einer gesellschaftlichen Verantwortung“, erklärt Jacqueline Kluge, die Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) des Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim. Deshalb war es ihr ein Anliegen auf der JA-Versammlung am 17. August Mark Haarfeldt von der Gelben Hand als Referenten einzuladen und über Rassismus und Rechtspopulismus in Deutschland, sowie betriebliche, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Gegenstrategien zu sprechen. „Gerade jetzt vor der Bundestagswahl ist das ein wichtiges

Thema, das überall Platz finden sollte. Die Gelbe Hand ist da genau der richtige Ansprechpartner, um Aufklärung zu betreiben, zu informieren, zu unterstützen und Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten“, so die JAV-Vorsitzende Kluge. Rund 150 Jugendliche und Auszubildende nahmen an der Veranstaltung teil, ebenso die Ausbildungsabteilung mit Leiter Stefan Hüppe, Betriebsrätin Silja Burkhardt und die Landesjugendsekretärin der IG BCE, Nina Melches. Boehringer Ingelheim ist ein international agierendes Unternehmen, allein am Standort Ingelheim arbeiten Menschen aus über



70 Nationen. „Das Unternehmen, und so auch die Ausbildung, die JAV und der Betriebsrat, bekennen sich zu Vielfalt und Akzeptanz. Das wird den Azubis schon am ersten Ausbildungstag bei der Begrüßung klar.“ Dennoch könne rassistisches, diskriminierendes Gedankengut existieren, daher sei es der ständige Auftrag der JAV „Prophylaxe“ zu betreiben, betont Jacqueline Kluge.

Einfach mal Danke sagen!

ver.di-Jugend Thüringen bedankt sich bei engagierten Menschen in der Flüchtlingshilfe



Foto: Hannes Gottschalk / ver.di-Jugend Thüringen

Es wurde weiter genäht und geschneidert. Vom Besuch ließ man sich kaum ablenken, schließlich müssen noch viele Decken für die Flüchtlingskinder fertig werden. Zu Besuch war die ver.di-Jugend Thüringen, und zwar beim Projekt „Mini Decki“ in Gera. Seit April 2016 kommen zwei Mal monatlich engagierte Unterstützerinnen in den Räumen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in Gera zusammen, um gemeinsam Decken für Flüchtlingskinder aus Spendenmitteln zu schneiden. Für die ver.di-Jugend war dieses beeindruckende und vorbildliche Engagement Anlass, am Mitte August die „Näherinnen“ in Gera bei der Arbeit zu besuchen und: Einfach mal Danke zu sagen!

Der Besuch bei „Mini-Decki“ in Gera fand im Rahmen der Aktion „Einfach mal Danke sagen“ der ver.di-Jugend statt, die seit Anfang des Jahres

läuft. Die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Thüringen wollen im laufenden Jahr auf ihrer „Danke-Tour“ mit regelmäßigen Besuchen den unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus der Flüchtlings- und Integrationsarbeit ihre Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. „Uns geht es nicht darum, mit großen Orden oder Veranstaltungen den Dank an Ehrenamtliche zu institutionalisieren, sondern die Helferinnen und Helfern vor Ort zu besuchen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen“, so Hannes Gottschalk, ver.di-Jugendsekretär. Entstanden war die Idee auf einer Jugendklausur 2016. Die ver.di-Jugend wollte über das Spenden hinaus etwas im Rahmen der Flüchtlingshilfe unternehmen. „In diesen aufgeheizten Zeiten, in denen meist das Negative im Fokus steht, wollten wir das Thema positiv besetzen“, erinnert sich Hannes Gottschalk. Und so kam man auf die Idee, sich bei den Aktiven in der Flüchtlingshilfe zu bedanken - auch um den Engagierten, die so selten Gehör finden mit ihrer wertvollen, ehrenamtlichen Arbeit eine Plattform zu bieten. „Ohne deren Engagement würde die Demokratie nicht funktionieren“, fügt der junge Gewerkschafter Hannes Gottschalk an. Seit Anfang des Jahres laufen die Dankesbesuche vor Ort. Im März bedankte sich die ver.di-Jugend beim Gothaer Verein „L'amitié“, einem multikulturellen Zentrum, und bei Günther Schulz aus Gotha, einem älteren Herrn, der Geflüchteten

mehrere Stunden in der Woche Sprachunterricht gibt. Diesmal bedankte sich die ver.di-Jugend Thüringen bei den ehrenamtlichen Helferinnen des Projektes „Mini-Decki“ aus Gera. Durch dieses Projekt in Gera konnten bereits rund 300 individuelle Decken an Flüchtlingskinder übergeben werden.

Manuela, Initiatorin des Projektes in Gera, erklärte dazu: „Ziel des Projektes ist es, dass jedes Flüchtlingskind, welches nach Deutschland kommt, eine Decke erhält.“ Denn eine Decke sei nicht nur eine Decke: „Jedes Kind soll durch unsere Decken Liebe, Geborgenheit und Schutz erfahren“, erklärte Juliane, eine der ehrenamtlichen Helferinnen. Viele Flüchtlingskinder seien traumatisiert und müssten sich auf ständig verändernde Umstände einstellen: „Die Decke soll ihnen eine feste Konstante geben, sie bleibt bei ihnen“, betonte Nicole, die ebenfalls schon länger in dem Projekt engagiert ist. Ein Engagement, das den gewerkschaftlichen Werten entspricht, findet Hannes Gottschalk: „Das Projekt ‚Mini Decki‘ leistet mit seiner Arbeit seit längerer Zeit einen vorbildlichen Beitrag für ein besseres Miteinander und gelebte Solidarität. Dafür sagt die ver.di-Jugend: Danke!“ Dank gebührt aber auch den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern der ver.di-Jugend Thüringen, die mit ihrer Aktion den oftmals „nicht sichtbaren“, engagierten Menschen die verdiente Wertschätzung entgegenbringen.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Seit 60 Jahren erinnern Gewerkschaften am 1. September an den Kriegsbeginn 1939

Antikriegstag
2017



„Seit 1957 ist der Antikriegstag ein Tag des Erinnerns und des Mahnens. Seit 60 Jahren erinnern die Gewerkschaften am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland 1939 Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg entfachte. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gedenken an diesem Tag der Schrecken zweier Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Für uns steht fest: Das unermessliche Leid und das Grauen, das die beiden Vernichtungskriege und die Schreckensherrschaft der Nazis über die Menschen gebracht haben, dürfen sich nie wiederholen“, heißt es im diesjährigen Aufruf des DGB zum Antikriegstag: „Deshalb müssen wir unser Bekenntnis zu Frieden, Demokratie und Freiheit immer wieder erneuern. ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!‘ Dafür stehen wir Gewerkschaften! Dafür treten wir mit all unserer Kraft ein!“ Wie die Erinnerungskultur in der gelebten Praxis aussieht, zeigt beispielweise die IG BCE-Ortsgruppe in Hamburg-Bergedorf um unser Fördermitglied Necmettin Pamuk. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Hamburger IG BCE nahmen am Barmbeker Friedensfest - an dem organisatorisch auch ver.di und die DGB-Jugend beteiligt waren - mit einem Infostand teil, um ein Zeichen für den Frieden und gegen Rassismus zu setzen. „Die Arbeiterbewe-

gung setzt sich seit je her für Frieden und für eine vielfältige und sozial gerechte Gesellschaft ein. Hier mitzumachen lag also auf der Hand!“, erklärt Pamuk. Genau diesen Einsatz für eine Friedenspolitik und gegen Militarisierung fordert der DGB und warnt davor, dass der Frieden auch in Europa nicht selbstverständlich ist: „Die Europäische Union blickt auf mehr als sieben Jahrzehnte friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zurück. Das ist Teil der Erfolgsgeschichte der europäischen Integration, die immer auch ein Friedensprojekt war. Und doch zeigt sich in den letzten Jahren, wie brüchig die Friedensordnung und wie labil der demokratische Fortschritt geworden ist, auf die wir Europäer in der Nachkriegszeit vertraut haben. Europa ist keine Insel der Seligen. Wir sind, direkt oder indirekt, an immer mehr Konflikten in unserem nächsten Umfeld beteiligt. Auch in der EU wächst die Neigung, auf die Schockwellen wachsender globaler Instabilität militärisch zu antworten. (...) Gleichzeitig bröckelt Europa als Wertegemeinschaft von innen heraus: In Polen und Ungarn regieren Jarosław Kaczyński PIS und Viktor Orbán Fidesz. Auch in vielen anderen EU-Ländern betreiben die Rechtspopulisten erfolgreich Stimmenfang. Europa und Deutschland müssen in dieser neuen Weltunordnung friedenspolitisch Verantwortung übernehmen. Der



IG BCE Hamburg-Bergedorf

richtige Ansatz dafür kann nicht sein, die Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen. Stattdessen brauchen wir eine gemeinsame Strategie der friedenssichernden Konfliktprävention. Ziel muss es sein, soziale Spannungen und Ungleichgewichte abzubauen und mit friedlichen Mitteln dafür zu sorgen, dass politische, wirtschaftliche und ökologische Krisen frühzeitig erkannt und abgewendet werden.“

Den vollständigen Aufruf zum Download gibt es unter:

<http://www.dgb.de/themen/++co++4b2475ea-6226-11e7-9e0d-525400e5a74a>

Gerade jetzt. Wahlrecht für alle!

Initiative des ver.di-Bundesmigrationsausschusses



Fast 7 Millionen Menschen sind von der Bundestagswahl ausgeschlossen, weil sie keinen deutschen Pass haben. Ein Missstand, den der ver.di-Bundesmigrationsausschuss ändern will. Er hat eine Kampagne gestartet, in dem er das Thema aufgreift und das Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten fordert, die dauerhaft in Deutschland leben: „Unsere Welt ist geprägt von Globalisierung und Migration. Doch während im überwiegenden Teil der europäischen Staaten auch Angehörige sogenannter Drittstaaten wählen dürfen, sind sie in Deutschland von allen Wahlen ausgeschlossen. Einzig

auf kommunaler Ebene sowie bei Europa-Wahlen dürfen auch EU-BürgerInnen ihre Stimme abgeben. Das ist ein Problem. Denn Demokratie lebt davon, dass diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, diese auch mitbestimmen können. Gerade angesichts der Zunahme des Rassismus in der Gesellschaft und des Drucks auf demokratische Grundwerte ist das Wahljahr 2017 der richtige Zeitpunkt, die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft mit der Forderung nach einem Wahlrecht für alle auf die politische Agenda zu setzen. Partizipation auf Augenhöhe ist die demokratische Antwort auf Ausgrenzung und Rechtspopulismus. Nicht zuletzt auch, weil sie den Betroffenen von Rassismus und rechter Gewalt eine Stimme verleiht.“ Daher ruft der ver.di-Bundesmigrationsausschuss alle Parteien auf, die Frage der politischen Einbindung der hier lebenden Menschen auf die Tagesordnung zu setzen: „Es ist an der Zeit, Staatsbürgerschaft neu zu denken: Weg von der Fixierung auf den Pass, hin zur Frage nach dem dauerhaften Aufenthalt der Menschen.“

Mehr Infos zu der Postkarten-Aktion unter:

www.facebook.com/verdi.migration www.migration.verdi.de

Einstellung und soziale Lebenslage

Broschüre des Monats

Hans Böckler
Stiftung

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Studie untersucht, warum Menschen in Deutschland die rechtspopulistische AfD wählen. Die Ergebnisse zeigen: Die Menschen brauchen wieder mehr Sicherheit in der Arbeitswelt und in den sozialen Sicherungssystemen. Zwar ist objektiv gesehen die wirtschaftliche Lage vieler Menschen in Deutschland durchaus gut. Gerade bei den AfD-Wählerinnen und -Wählern ist aber die Kluft zwischen der objektiven wirtschaftlichen Lage und der gefühlten, subjektiven Situation besonders groß. AfD-Wählerinnen und -Wähler empfinden deutlich häufiger als andere Bürgerinnen und Bürger Abstiegsangst, ein Gefühl der persönlichen Zurücksetzung, eine ausgeprägte Verunsicherung. Und zwar

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic
Fotos: Gelbe Hand, ver.di Jugend NRW, JAV Boehringer, IG BCE Hamburg-Bergedorf

Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

unabhängig von der Einkommensskala. Klar erkennbar ist auch, dass AfD-Wählerinnen und -Wähler überdurchschnittlich oft einen Kontrollverlust über die eigene Situation empfinden – auch am Arbeitsmarkt. Dabei spielen auch die Digitalisierung und Globalisierung im subjektiven Empfinden der AfD-Wählerinnen und -Wähler eine Rolle. Für die Untersuchung haben der Soziologe und Wahlforscher Richard Hilmer, die Soziologieprofessorin Dr. Bettina Kohlrausch, die Soziologin Rita Müller-Hilmer und der Politikwissenschaftler Jérémie Gagné von Mitte Januar bis Anfang Februar 2017 knapp 5.000 Personen ab 18 Jahren zu ihren politischen Einstellungen, Wertorientierungen sowie Sichtweisen auf die Arbeitswelt befragt. Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung liefert damit eine detaillierte Ursachenanalyse und gewerkschaftliche Handlungsstrategien gegen Rechtspopulismus und eignet sich somit für die gewerkschaftliche, politische Bildungsarbeit.

Downloaden kann man die Studie unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- 1. Hans-Jürgen Arnold**, ver.di, Gewerkschaftssekretär a. D., Laatzen
- 2. Berthold Bose**, ver.di, Leiter des Landesbezirks Hamburg, Hamburg
- 3. Sergio Ciccari**, IG Metall, Bildungsreferent in der Jugendbildungsstätte Schliersee, Schliersee
- 4. Daniel Demuth**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender Fa. Compo Expert GmbH Krefeld, Neukirchen
- 5. Jörg Ehrchen**, IG Metall, Göttingen
- 6. Jonas Flegel**, Leipzig
- 7. Michael Grundmann**, GEW, Online-PR + E-Learning, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt/M.
- 8. Larissa Kindsvater**, Homburg
- 9. Bernd Löffler**, IG Metall, 1. Bevollmächtigter Geschäftsstelle Kaiserslautern, Kaiserslautern
- 10. Norbert Löffler**, IG BCE, Leverkusen
- 11. Mareike Stickdorn**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Bezirk Bremen-Nordniedersachsen, Bremen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice,
Vorsitzender